

Zur ersten Bewertung von Koalitionsbildung und Koalitionsvertrag

1.

Die SPD-LINKS-Koalition in Brandenburg ist eines nicht: ein „rot-rotes Projekt“, das über die Jahre aus programmatischen und ideologischen Gemeinsamkeiten erwachsen, in gemeinsamen Auseinandersetzungen mit Dritten gereift ist und dabei schließlich die Hegemonie für ein Umbau-Projekt erobern konnte. (Wahl-)programmatische Gemeinsamkeiten gibt es schon seit fast zwei Jahrzehnten – doch bislang führten sie die SPD im Zweifel doch stets in Koalitionen mit anderen Parteien. Gravierende Differenzen in politischen Kernbereichen beider Parteien trieben sie in den letzten Jahren eher auseinander als zusammen. (Hartz IV)

Die SPD-LINKS-Koalition ist die erste wirklich „Große Koalition“ im Land. Dafür spricht zunächst rein formal, dass die beiden stärksten Parteien ein Regierungsbündnis schließen. SPD und LINKE vereinigen rund 60 Prozent der Zweitstimmen auf sich und sie stellen im Landtag 57 von 88 Abgeordneten.

Große Koalitionen werden aber in der Regel nicht allein geschmiedet, um einer zahlenmäßigen Übermacht zum Durchbruch zu verhelfen. Sie sind entweder Notgemeinschaften gegen echte oder vermeintliche Bedrohungen der Demokratie (wie in Österreich gegen die FPÖ/BFÖ oder lange Zeit in Ostdeutschland gegen die PDS) oder sie werden geschlossen, um ein möglichst breites Spektrum der Gesellschaft auch über Lagergrenzen und kulturelle Gräben hinweg politisch zusammenzuführen – und zwar, weil es besondere Herausforderungen zu meistern, eine Krise zu bewältigen gilt. Ansonsten konträre Kräfte sollen dann gebündelt, desperate gesellschaftlich Gruppen zusammengeführt werden. Es geht dann erst in zweiter Linie um die Höhe der Zahl – und in erster Linie um die Reichweite der Brücke, die eine solche Koalition baut.

Trifft das auf die SPD-LINKS-Koalition in Brandenburg zu? Und was bedeutet es?

Die SPD-LINKS-Koalition ist keine Notgemeinschaft. Die DVU ist nach zehn Jahren aus dem Landtag verschwunden, das im Parlament vertretene demokratische Spektrum ist so breit und differenziert wie seit den Neu-Gründerzeiten des Landes nicht mehr.

Findet sich die rot-rote Große Koalition also zusammen, weil es besondere Herausforderungen zu meistern, eine Krise zu bewältigen und Menschen zusammen zu führen gilt? Überbrückt sie Gräben und bündelt sie Kräfte? Und wird die Koalitionsvereinbarung dem gerecht?

Schon die Präambel benennt eingangs als entscheidenden aktuellen Kontext der Koalitionsbildung die aktuelle Finanz- und Wirtschafts-**Krise**. Dazu hatte es bereits im Vorfeld der Wahlen eine gewisse Annäherung zwischen LINKEN und SPD gegeben. Beide Parteien sind sich jetzt einig, dass die Krise auch darin wurzelt, dass grundlegende Werte der freiheitlichen Gesellschaft, des Gemeinsinns und der sozialen Verantwortung selbst und in ihrer Wechselwirkung missachtet wurden. Sie schlussfolgern daraus, „dass der moderne **Sozialstaat** eine zivilisatorische Errungenschaft ist, die verteidigt und – gerade deshalb – immer wieder erneuert werden muss. Die Koalition und die neue Regierung werden dazu ihren Beitrag leisten.“

Ein solcher Konsens war mit der CDU in Brandenburg nicht absehbar. Während die SPD in ihrem Wahlprogramm zur Bewältigung der Krise erklärte, ihre gehe es darum, „... das Soziale

und das Demokratische zu stärken“, es gehe um „moderne Wirtschaft und sozialen Zusammenhalt“ sowie um „Innovation und Gerechtigkeit“, und dazu einen gesetzlichen Mindestlohn und einen „vorsorgenden Sozialstaat“ ins Gespräch brachte, fanden sich bei der CDU dazu keinerlei Aussagen. DIE LINKE hatte erklärt: „In einem Wirtschaftssystem wie dem gegenwärtigen entfesselten Kapitalismus, in dem Geld und Gewinn der Maßstab aller Dinge sind, ist mehr nötig, als der Appell an allgemeine Werte und Verantwortungsbewusstsein, mehr als die moralische Verurteilung von Gier und Egoismus, um soziale Verantwortung und wirtschaftliche Vernunft in Übereinstimmung zu bringen. Notwendig sind gesellschaftliche Gegengewichte und politische Vorgaben, die der hemmungslosen Profitwirtschaft Grenzen setzen und ihren verheerenden Auswirkungen auf Gesellschaft und Natur begegnen.“ Der Koalitionsvertrag sieht dazu – in den Grenzen von Landespolitik – durchaus konkrete Schritte vor. Dazu weiter unten.

Die SPD-LINKS-Koalition ist sich darüber hinaus über eine ganze Reihe von konkreten Herausforderungen an politisches Handeln im Land einig. Damit geht insbesondere für die SPD eine Neubewertung der Lage im Land wie auch der Entwicklungen der letzten 20 Jahre einher. Das betrifft im einzelnen die Anerkennung,

- dass auch nach der Systemtransformation Menschen ihre Lebensperspektive verloren,
- dass Armut im Lande besteht und bekämpft werden muss,
- dass die Zukunft des Landes nicht in Deregulierung und Abbau von Sozialstaat und öffentlicher Daseinsvorsorge, sondern in sozialer und ökologischer Erneuerung des Industriestandortes besteht,
- dass der Sozialstaat seine alten Aufgaben nicht verliert, aber neue dazu bekommt. Dass er als zivilisatorische Errungenschaft verteidigt werden muss,
- dass soziale Gerechtigkeit keine Klientelpolitik, sondern eine Generationenaufgabe ist, die Investitionen im umfassendsten Sinne erfordert: Gute Bildung für alle – von Anfang an.

Die Koalition wird von der Absicht getragen, „unser Land zusammenzuführen“ und „aus der Vielfalt der Brandenburger Gesellschaft heraus“ zu handeln. Wie weit das Spektrum reicht, das unter dem Dach dieser Koalition erfasst ist, machen gerade die heftigen Reaktionen innerhalb der SPD deutlich, zeigt der Widerstand der durch die Ablehnung der SED geprägten Gründergeneration und ihrer Anhänger. Um so wichtiger ist die Passage in der Präambel, die die gemeinsame Wurzeln der SPD und unserer erneuerten Partei in der friedlichen Revolution von 1989/90 heraus stellt.

Hier geht es nicht um deklarierte „Aussöhnung“ oder gar um einen „Schlusstrich“, sondern um das Zusammenfinden in einer gemeinsamen politischen Aufgabe. Soziale Milieus, die von Werten der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs getragen, aber durch ihre Vergangenheit und ihr Verhältnis zur Vergangenheit getrennt sind, sollen im Interesse von Gegenwart und Zukunft zusammen geführt werden. Und das, ohne neue politische oder kulturelle Ausgrenzung hervorzurufen – sondern um neuen, breiteren Gemeinsinn zu stiften.

Genau in diesem Sinne wirkt die SPD-LINKS-Koalition als Große Koalition. Das aber heißt auch: Der Koalitionsvertrag ist nicht der Abschluss, sondern der Auftakt der politischen Arbeit, der politischen Aushandlungsprozesse und auch von weiteren nicht immer einfachen, aber produktiv und konstruktiv zu gestaltenden Auseinandersetzungen.

2.

Die erste wichtige und große Aufgabe dieser Koalition ist die **Stärkung des sozialen Zusammenhalts und seiner politischen wie ökonomischen Grundlagen**. Gerade hierfür wurde und wird DIE LINKE mit ihren besonderen Kompetenzen und ihrem spezifischen Profil als Volkspartei gebraucht. Gerade hier hatten wir die meisten unserer Schlüsselvorhaben

konzentriert, gerade hier konnte DIE LINKE die deutlichsten Akzente setzen – auch über die Schlüsselvorhaben hinaus:

- Brandenburg wird sich künftig für einen bundesweiten gesetzlichen **Mindestlohn** einsetzen – und dabei im eigenen Land z. B. mit einem **Vergabegesetz** mit konkreten Schritten voran gehen: „Die Koalition schafft die gesetzlichen Voraussetzungen dafür, dass öffentliche Aufträge nur dann vergeben werden können, wenn über dem Mindestlohn liegende Tarifbindung oder zumindest die Zahlung von Mindestlöhnen vorausgesetzt ist. Wir werden uns auf Bundesebene für einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn einsetzen.“

Über die Höhe des Mindestlohnes macht der Vertrag keine Aussagen. Nach Vorstellung der SPD soll sie nach britischem Vorbild bestimmt und regelmäßig überprüft werden, also gemeinsam durch Wirtschaft, Gewerkschaften, unabhängige Fachleute und Politik. Das Ziel der LINKEN, mit 8 € einzusteigen und schon bald ein Niveau von 10 € pro Stunde zu erreichen, ist hier ein hoher Maßstab, für den nicht nur durch zähes Ringen in dem noch zu bildenden Gremium, sondern auch durch eine kluge, erfolgreiche Gesamtpolitik – insbesondere im Bereich der Wirtschaft – zu sorgen ist.

Die SPD-Links-Koalition bricht mit der Dumpinglohn-Philosophie, die die CDU der alten Koalition aufgedrängt hatte: „Brandenburg soll **kein Billiglohnland** sein. Eine moderne und wettbewerbsfähige Wirtschaft, Arbeitsplätze und auskömmliche Löhne sind Grundvoraussetzungen für Wohlstand und sozialen Frieden.“

- Brandenburg wird einen **öffentlich geförderten Beschäftigungssektor** (ÖBS) einführen: „Durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik will die Koalition – insbesondere für ältere Langzeitarbeitslose – berufliche Perspektiven sowie ein existenzsicherndes Einkommen schaffen. Unter Nutzung der bestehenden Arbeitsmarktförderinstrumente werden im gemeinwohlorientierten Bereich sozialversicherungspflichtige Jobs geschaffen, die über die Dauer eines Jahres hinaus gefördert werden. Die Koalition strebt an, bis 2014 unter Nutzung der Bundesmittel 8.000 öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen und dafür 40 Millionen Euro bereit zu stellen. Mit dem Programm dürfen keine regulären Beschäftigungsverhältnisse verdrängt werden.“

Die Bedingungen für den ÖBS und insbesondere die Zahl der möglichen Stellen hängen dabei deutlich von den bundespolitischen Rahmenbedingungen ab – und die haben sich schon seit Erarbeitung unseres Wahlprogramms verschlechtert (Infragestellung des Kommunal-Kombi). Mit der neuen Bundesregierung ist eine weitere Verschlechterung zu befürchten. Um so wichtiger ist das klare Bekenntnis der SPD-LINKS-Koalition in Brandenburg, alles in ihren eigenen Kräften Stehende für den ÖBS zu tun und damit auch – an der Seite des Landes Berlin – ein Referenzprojekt für einen Politikwechsel auf Bundesebene ab 2013 zu schaffen.

- Die SPD-LINKS-Koalition wird – im Gegensatz zur Vorgängerregierung – einen klaren, engagierten Kurs zur direkten Bekämpfung von Armut, insbesondere von Kinderarmut verfolgen: Kinderarmut ist eines der dringendsten Probleme in unserer Gesellschaft. Wir wollen dem entgegen wirken. Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die Regelleistungen für Kinder nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II und dem XII eigenständig ermittelt werden. Die Regierung setzt sich für eine sachgerechte und **armutsfeste Grundsicherung für Kinder** ein. Damit rückt die brandenburgische SPD in einer zentralen Frage von ihrer bisherigen starren Verteidigung der Hartz-Reformen ab.

Des Weiteren: „Ziel muss es sein, allen Kindern ein gesundes **Mittagessen** in Kitas und Schulen zu ermöglichen.“ Diese Aussage bezieht sich – darin waren sich die Verhandlungsdelegationen einig – nicht allein auf die Qualität des Essens, sondern eben auf die Ermöglichung des Zugangs für alle, insbesondere für Kinder aus sozial schlechter gestell-

ten Familien. Dies in Abstimmung mit den Kommunen zu erreichen, wird eine Aufgabe des praktischen Regierungshandelns sein.

- Die Koalition setzt sich zum Ziel, die Belastungen für soziale schlechter Gestellte im Land – insbesondere für Hartz-IV-Betroffene und Aufstocker – zu verringern und ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern: „Das 2008 eingeführte **Mobilitätsticket** wird über 2010 hinaus fortgeführt. Bei der Weiterentwicklung werden die bisherigen Erfahrungen berücksichtigt. Die Koalition strebt an, eine Ausdehnung des Geltungsbereichs auf Berlin, insbesondere für Arbeitspendler zu erreichen.“ Dazu kommt: „Angestrebt werden soll, dass Kinder aus SGB II- und SGB XII-Haushalten von Beiträgen zur **Schülerbeförderung** freigestellt werden.“ Dies muss im Regierungshandeln und gemeinsam mit den Kommunen und dem VBB konkret ausgestaltet und geregelt werden. Bei beidem handelt es sich um zentrale Forderungen aus dem Wahlprogramm der LINKEN.
- Eines der Schlüsselthemen der inneren Einheit in Deutschland wie der künftigen sozialen Integration ist die Gestaltung der **Renten**. Das ist zwar kein Gegenstand von Landespolitik – Brandenburg wird aber künftig gegenüber der Bundespolitik eine klare Linie ziehen und damit zu einem gewichtigen Faktor in diesen Dingen: „20 Jahre nach der Einheit ist es an der Zeit, die Rente in Ost und West anzugleichen. Die Koalition wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Versicherte und Rentnerinnen und Rentner unabhängig vom Wohn- oder Beschäftigungsort in Deutschland gleich behandelt werden. Die Koalition unterstützt darüber hinaus alle Bestrebungen, um einer drohenden Altersarmut wirksam zu begegnen. Insbesondere müssen dazu die Zeiten langer Arbeitslosigkeit rentenrechtlich besser als bisher ausgeglichen werden.“
- Das beste Mittel gegen Armut und zur sozialen Integration der Gesellschaft ist **gute Arbeit**, wie sie auch die Gewerkschaften verlangen. DIE LINKE hat sich mit allen ihren Forderungen zur Stabilisierung der einheimischen Wirtschaft und zur **Förderlogik**, wie sie seit der Leitbild-Debatte entwickelt wurden, durchsetzen können: „Vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise ist es eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik, für die Unternehmen mit Instrumenten wie Überbrückungskrediten und Beratungen notwendige Unterstützung zu leisten. ... Generelles Ziel der Koalition ist es, den kleinen und mittelständischen Unternehmen und den freien Berufen den Zugang zum öffentlichen und privaten Kapitalmarkt zu erhalten bzw. zu verbessern. ... Schwerpunkte ... sind sowohl die Substanzpflege der klein- und mittelständisch geprägten Unternehmensstruktur des Landes als auch die Stärkung der industriellen Kerne sowie die Erschließung neuer Wirtschaftsfelder und Zukunftsbranchen.“ Das Konzept der Branchenschwerpunktorte wird nicht weiter verfolgt; dafür werden die Branchenkompetenzfelder überall im Land gefördert. Fördermittel sollen auch als rückzahlbare Zuschüsse gewährt werden (revolvierende Fonds).

Dabei wird zugleich nicht eine konservative, bewahrende Wirtschaftspolitik konzipiert, sondern eine Politik, die den Strukturwandel und die Modernisierung mit sozialem Gewinn befördert. Dazu weiter unten.

Unser Schlüsselprojekt „**Aktionsbündnis zur Vermarktung von Qualitätsprodukten der brandenburgischen Landwirtschaft**“ fand uneingeschränkt Eingang in den Koalitionsvertrag.

3.

Eng verschränkt mit dem sozialen Anspruch behandelt die SPD-LINKS-Koalition die **Bildungspolitik**. Sie wird nach 17 Schulgesetz-Novellen in 20 Jahren ausdrücklich nicht weiter als Spielfeld institutioneller Schnellschüsse, sondern unter dem Blickwinkel des sozialen Zugangs, der sozialen Chancengleichheit und von Aufstiegschancen für alle behandelt: „Gute Bildung darf ... so wenig wie irgend möglich von sozialer oder regionaler Herkunft abhängen.“

Wir wollen Chancengleichheit für alle. Deswegen investieren wir in die Bildung – von der Kita über unsere Schulen bis zu den Hochschulen. Studiengebühren wird es mit unserer Koalition nicht geben. Gute Bildung aber erfordert – wie moderne, vorsorgende Sozialstaatlichkeit überhaupt – mehr als nur Geld. Wir schlagen den Weg zu verstärkter individueller Förderung und zu längerem gemeinsamen Lernen ein. Die frühe Aussonderung von Kindern ist ungerecht, verbaut Entwicklungschancen und ist daher auch aus ökonomischer Perspektive widersinnig. Kinder gehören zusammen, und jedes kann von jedem anderen lernen – denn lernen ist viel mehr als büffeln.“

Die Koalition wird ein **Programm „Gute Bildung für alle von Anfang an“** auflegen. Dabei hat sich DIE LINKE in zentralen, für uns unverzichtbaren Fragen durchsetzen und beträchtliche finanzielle Mittel mobilisieren können. Das gilt auch für konkrete Vorhaben, bei denen sich die SPD noch im Wahlkampf gänzlich anders positioniert hatte – vor allem für den **Kita-Betreuungsschlüssel** bei den 3- bis 6-Jährigen: „Um die Qualität der Bildungsarbeit in den Kita zu erhöhen, werden 33 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich investiert. Damit wird der Betreuungsschlüssel verbessert – für die 0- bis 3-Jährigen auf 1 Erzieherin für 6 Kinder, für die 3- bis 6-Jährigen auf 1 zu 12.“

Nach harten Verhandlungen, die bis in die Schlussphase andauerten, konnte für die Schulen folgendes erreicht werden: „Mit einer Schüler-Lehrer-Relation von 1 : 15,4 gehört Brandenburg in Deutschland zu den Ländern mit der besten Ausstattung. Wir werden dieses Verhältnis für die gesamte kommende Legislaturperiode sicherstellen. Aus diesem Grund wird es in dieser Legislaturperiode keinen weiteren Stellenabbau bei Lehrerinnen und Lehrern geben. Die Schulressourcenplanung wird entsprechend fortgeschrieben und beginnend mit dem Haushalt 2010 im Stellenplan abgesichert. Bereits zu Beginn der Legislatur werden wir die Voraussetzungen schaffen, dass 1.250 **Lehrer** neu eingestellt werden können.“ Die in unserem Wahlprogramm erhobene Forderung, den Abbau der Lehrerstellen in Brandenburg sofort zu stoppen, ist damit weitgehend erfüllt. Die Bewahrung der Schüler-Lehrer-Relation steht auch im Zusammenhang mit der Klassengröße.

Das Wort „**Gesamtschule**“ fällt in der Koalitionsvereinbarung aus Rücksicht auf die durch die zahlreichen Schulgesetz-Novellen verunsicherten Eltern wie auch Lehrerinnen und Lehrer nicht. Gleichwohl werden die Weichen in diesem Sinne vorsichtig, aber deutlich gestellt: „Da Grundschulen das Bildungsfundament sind, auf dem weiterführende Schulen aufbauen, sind die Qualität des Unterrichts in der Grundschule und die individuelle Förderung zu verbessern. An der sechsjährigen Grundschule wird festgehalten. Sie ist die Grundlage für längeres gemeinsames Lernen. Das System der flexiblen Schuleingangsphase (FLEX) soll an jeder Schule die dies will, eingeführt werden. ... Der gemeinsame Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf wird ausgebaut. ... Wir wollen ein durchlässiges Schulsystem. Die Koalition wird Maßnahmen ergreifen, die Abiturquote deutlich zu erhöhen. Wir wollen, dass jedes Kind, das dazu befähigt ist, das Abitur ablegen kann.“ In diesen Kontext gehört das von der SPD eingeführte **Schüler-Bafög** – auch, wenn wir uns eine größere Wirksamkeit dieses Instruments und vor allem ein früheres Einsetzen gewünscht hätten. „Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Ziel ist es, dass mehr Kinder aus einkommensschwachen Familien Abitur machen und studieren. Die Koalition wird ein „Schüler-Bafög“ für die Abiturstufe einführen.“

Junge Erwachsene ohne Ausbildung sollen einen Anspruch auf eine 2. Chance erhalten und Schulabschluss oder Berufsausbildung nachholen können.

Eine zentrale bildungspolitische Debatte seit Bestehen des Landes Brandenburg wird in dieser Legislaturperiode zum Erfolg geführt: „Die flächendeckende Einführung des Unterrichtsfaches **LER** von Klasse 5 bis 10 wird zügig vollendet.“

Die **Selbständigkeit von Schulen** wird ausgebaut, die **Ausbildung von pädagogischem Personal** verbessert.

Das **510-Stellen-Programm** für die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit ist gesichert; der Anteil von 25 Prozent für die Kooperation mit der Schule bleibt erhalten. Der **Landesjugendplan** bleibt die Grundlage für die Jugendförderung, die außerschulische Jugendbildung, die internationale Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit – seine Ausfinanzierung wird eine Herausforderungen in jeder der anstehenden Haushaltsberatungen. Dazu weiter unten.

Der **Hochschulpakt** zwischen dem Land und den Universitäten und Fachhochschulen wird evaluiert und fortgeschrieben. Auch dies ist für uns eine Herausforderung im Regierungshandeln der nächsten fünf Jahre. Für die **weitere Demokratisierung der Hochschulen** wird mit dem Koalitionsvertrag die Tür geöffnet: „Hochschulen leben von dem Miteinander der Lehrenden und Lernenden und vom wissenschaftlichen Dialog zwischen allen Beteiligten in Lehre und Forschung. Dieses Miteinander der unterschiedlichen Gruppen muss sich auch in den Entscheidungsprozessen der Hochschulen wiederfinden. Die Mitwirkung an der Selbstverwaltung ist Recht und Pflicht aller Mitglieder. Sie müssen in den Selbstverwaltungsgremien angemessen vertreten sein.“

Soziale Zugangsschranken zum Hochschulstudium wird es in Brandenburg nicht geben: „Die Koalition wird **keine Studiengebühren** für das Erststudium bis zum Master-Abschluss einführen. Jede und jeder Studierende mit einem Bachelor-Abschluss muss die Chance haben, einen **Masterstudiengang** zu belegen.“ Die Koalition verpflichtet sich, für die Studierenden die **Vereinbarkeit von Bildung und Familie** zu verbessern. Sie unterstützt im Rahmen des TdL die Einführung eines **Tarifvertrages für studentische Beschäftigte**.

Die Koalition verpflichtet sich, die Einhaltung von Mindeststandards in der musischen Erziehung an **Musikschulen** zu gewährleisten und die Musikschulen auch weiterhin zu fördern. Was das bedeutet, wird im Zusammenhang mit der Volksinitiative im Regierungshandeln weiter zu klären sein.

4.

In der **Innenpolitik** gibt es nach dem Ende der rot-schwarzen Koalition und dem Ausscheiden von Jörg Schönbohm einen deutlichen Richtungswechsel.

Die erste gemeinsame Gesetzesvorlage der beiden Koalitionsparteien wird sich schon im November auf die Neuregelung des **Datenschutzes** beziehen. Wir werden den institutionellen Datenschutz stärken und deswegen die Aufsicht über den der öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich in einer Behörde zusammenführen. Damit wird das erste Schlüsselvorhaben aus dem Wahlprogramm der LINKEN Realität.

Das **Polizeigesetz** aus der Schönbohm-Ära wird überprüft. Eine unabhängige wissenschaftliche Evaluation der Anwendung der Regelungen des Brandenburgischen Polizeigesetzes zur Telekommunikationsüberwachung durch Handy-Ortung und Kennzeichenfahndung wird durchgeführt. In Abstimmung mit den Gewerkschaften soll eine Form der Kennzeichnungspflicht für uniformierte Polizeibeamte im Einsatz gefunden werden, die eine individuelle Feststellung handelnder Polizistinnen und Polizisten sichert.

Positive Veränderungen wird es beim Ausländerrecht geben. Wir setzen uns dafür ein, die Residenzpflicht für **Asylbewerber** und geduldete Ausländer abzuschaffen und die Regelung des § 58 Asylverfahrensgesetz großzügig zu handhaben. Wir wollen, dass die zuständigen Kommunen das Sachleistungsprinzip durch Geldleistungen ersetzen können und dass die Bleiberechtsregelung über das Jahr 2009 hinaus verlängert wird.

Die Koalitionspartner prüfen die Erarbeitung eines **Resozialisierungsgesetzes** – es wäre das erste bundesweit.

Die **Amtsgerichtsreform** wird nicht noch vor Jahresende durchgepeitscht. Stattdessen wird die LINKE in Regierungsverantwortung ihrerseits eine Prüfung vornehmen. Über die Neubestimmung der Amts- und Arbeitsgerichtsbezirke wird 2010 abschließend entschieden.

Die Koalition bekennt sich zur öffentlichen **Daseinsvorsorge** und will die Rahmenbedingungen dafür verbessern. Dazu gehört die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen notwendig. Eine hochwertige Versorgung mit wichtigen Dienstleistungen soll für alle Bürger dauerhaft zugänglich und bezahlbar bleiben. Mit dem Ziel einer Stärkung der kommunalen Handlungsspielräume wollen wir die Rahmenbedingungen für die öffentliche Daseinsvorsorge verbessern.

Die Koalition bekennt sich zu starken, entscheidungs- und handlungsfähigen Kommunen. Für die verstärkte **interkommunale Zusammenarbeit** – eines unserer Schlüsselvorgaben – sind entsprechende gesetzliche Regelungen nach Konsultation mit den kommunalen Spitzenverbänden vorgesehen. Bestehende kooperative Ansätze von Kommunen werden weiter befördert. Dabei sollen auch die Landkreise Unterstützung geben. Das Gesetz zur kommunalen Gemeinschaftsarbeit wird entsprechend angepasst, wie wir es gefordert haben. Die **Funktionalreform** wird wieder aufgenommen: „Es werden zusätzliche Aufgabenverlagerungen vom Land auf die Landkreise und von den Landkreisen auf die Gemeinden geprüft.“

Eine flächendeckende **Kreisgebietsreform**, die bei der LINKEN auf mehrheitliche Ablehnung stößt, wird nicht kommen. Über die Leistungsfähigkeit und die Zukunft der kreisfreien Städte wird jedoch geredet und nachgedacht werden; unsere Koalitionspartner legen in diesem Zusammenhang besonderen Wert, dass die neue Regierung freiwillige Zusammenschlüsse von Landkreisen bzw. von Landkreisen mit kreisfreien Städten unterstützen wird.

Zum **Wahlalter 16** bei Kommunalwahlen ist die Tür aufgestoßen; Brandenburg wird sich künftig auch dafür einsetzen, dass Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger ebenfalls an den Kommunalwahlen teilnehmen dürfen. Die Neigung des Partners, die Direktwahl der Landräte wieder rückgängig zu machen, wurde gestoppt. Natürlich bleibt es bei der Regelung, dass gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat, sofern diese Mehrheit mindestens 15 % der wahlberechtigten Personen umfasst. Es ist also eine Aufgabe, für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung bei den Landräte-Wahlen zu sorgen. Die Wahlen müssen nicht nur gültig sein, sondern auch eine überzeugende, tragfähige Legitimation für die neuen Landräte bieten.

Die jetzige Koalitionsvereinbarung unterscheidet sich von ihren Vorgängern auch hinsichtlich der Aussagen der **direkten Demokratie**. Auch wenn die eigentliche Arbeit noch vor uns liegt: Fest steht bereits jetzt, dass die Koalitionspartner – sowohl in Bezug auf die Landesebene als auch in Bezug auf die kommunale Ebene – die Regelungen der direkten Demokratie vor allem unter dem Gesichtspunkt der Zugänglichkeit der direkten Demokratie für Bürgerinnen und Bürger überprüfen werden.

Die Koalition wird die Haushalts-Ansätze für den **Kampf gegen den Rechtsextremismus** fortschreiben und das landesweite Aktionsbündnis, die Mobilen Beratungsteams, die Regionalen Arbeitsstellen für Ausländerfragen und den Verein Opferperspektive unterstützen.

5.

Brandenburg begibt sich unter der SPD-LINKS-Koalition entschlossen auf den Weg der **ökologischen Modernisierung** seiner Wirtschaft und weiter voran in die Wissensgesellschaft. SPD und LINKE „streben eine dynamische, zunehmend ökologisch ausgerichtete Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsstruktur an.“ Brandenburg „will ein Industrieland bleiben, das sich künftig stärker ökologisch ausrichtet. Ziel der Wirtschaftspolitik bleibt es günstige Rahmenbedingungen für zukunftsfähige und ökologisch verträgliche Arbeitsplätze zu schaffen und alles dafür zu tun, bestehende Arbeitsplätze zu sichern. Wir wollen den Weg zur Wissensgesellschaft weiter gehen und den Brandenburger Unternehmen, regionalen Handwerkern, Dienstleistern und Mittelständlern exzellente Rahmenbedingungen schaffen. ... Ziel ist es, die Branchenkompetenzfelder im Sinne einer modernen, ökologisch orientierten Wirtschafts- und Standortpolitik weiterzuentwickeln. Die Koalition wird die hierfür relevanten Fördermöglichkeiten des Landes überarbeiten und stärker auf dieses Ziel ausrichten.“

Zuwendungs- und Fördermaßnahmen soll an Energieeffizienz gebunden und die bestehende Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien attraktiver gestaltet werden. Einen Schwerpunkt der Forschungs- und Entwicklungspolitik legt die Koalition auf innovative Umwelt- und Energietechniken, insbesondere bezüglich CO₂-armer Kohlekraftwerke, Fotovoltaik, Biomasse und Geothermie sowie bzgl. der Energiespeicherung.

Unser **Schlüsselvorbaben – Vorrang für Erneuerbare Energien** – ist im Koalitionsvertrag fest verankert; ausdrücklich sind „Regelungen zum Vorrang und Ausbau erneuerbarer Energien“ verabredet und die Energiestrategie des Landes, von uns stets heftig kritisiert, soll „diesbezüglich unter Einbeziehung landesweiter Netzwerke und Institutionen systematisch weiter entwickelt“ werden. DIE LINKE wird darauf gleich von zwei Ministerien aus Einfluss nehmen können.

Damit beschreiten wir den in unserem Wahlprogramm vorgezeichneten Weg: „Der beschleunigte Übergang zu erneuerbaren Energien wird es uns erleichtern, etwas zu vollziehen, was dringend geboten ist: den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung.“

Ein sofortiger Stopp der **Braunkohleverstromung und des Tagebauaufschlusses** bereits in dieser Legislaturperiode erwies sich als rechtlich nicht machbar. Angesichts dessen ist es wichtig, dass die LINKE die Koalition darauf verpflichten konnte, „sich über den Bundesrat dafür ein(zu)setzen, dass die notwendige Rohstoffsicherungsklausel des Bundesberggesetzes durch soziale und ökologische Kriterien ergänzt wird.“ Unter anderem dafür brauchen wir die starke Unterstützung unserer Bundestagsfraktion, denn eine solche Gesetzesänderung im Bund würde es uns erheblich erleichtern, in der nächsten Legislaturperiode, wenn die Entscheidungen anstehen, neue Tagebaue und die Abaggerung von Dörfern zu verhindern.

Schon jetzt ist es gelungen, der Braunkohleverstromung die bisherige Ewigkeitsgarantie zu nehmen. Sie gilt nun nur noch als „Brückentechnologie“; neue Braunkohlenkraftwerke sollen „nur bei drastischer Reduktion des CO₂-Ausstosses genehmigt werden“ – dabei gelten CO₂-Reduktionsziele von 40% bis 2020 und weiteren 35% bis 2035 gegenüber 1990. Diese Reduktionsziele werden nicht mehr an die noch unreife und umstrittene CCS-Technologie gebunden.

CCS wird dennoch als „wichtige Option“ bezeichnet und die „Erprobung und Demonstration dieser Technologie in Brandenburg“ befürwortet. Die bundesgesetzliche Regelung zur Erforschung von CCS wurde vor der Bundestagswahl zurück gestellt; sie rückt jetzt wieder auf die Tagesordnung. *Dass* sie kommt, ist unausweichlich, weil damit EU-Recht umgesetzt wird. Wichtig ist vielmehr die Frage, wie sie kommt – und ob auch darin der Vorrang für Erneuerbare Energien festgehalten wird, wie es sowohl die EU-Vorgaben als eben auch die brandenburgische Koalitionsvereinbarung vorsehen. (Das könnte z. B. bedeuten, dass potenzielle Lagerstätten zuerst für Druckluft aus Windkraftanlagen und erst in zweiter Linie für CO₂ verwendet werden dürfen.) Zugleich stellt sich die Koalition hinter die Proteste und Befürchtungen der mgw. betroffenen Bevölkerung: „Die Speicherung von CO₂ muss so erfolgen, dass Menschen und ihr Eigentum nicht gefährdet, die persönliche und wirtschaftliche Nutzung ihrer Grundstücke sowie die natürlichen Lebensgrundlagen von Tieren und Pflanzen nicht beeinträchtigt werden. Ein umfassender Informationsanspruch der Bevölkerung vor und während der Maßnahmen muss abgesichert werden.“

Schließlich wird Brandenburg auf Bundesebene am Atomausstieg festhalten – was mit der CDU so nicht möglich gewesen wäre. Der dauerhafte Verzicht auf „billigen“ Atomstrom ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, die Erneuerbaren Energien schnell zu stärken und wirtschaftlich zu erzeugen.

Im Regierungshandeln wird geklärt, ob und wie das **Wasserentgelt** auch für Tagebaue vollständig erhoben werden kann.

Unser Schlüsselvorbaben zur Renaturierung der verbliebenen Militärbrachen schlägt sich im Bekenntnis der Koalition zur Fortführung der **Konversion** und zur Kofinanzierung der zur Verfügung gestellten EU-Mittel nieder. Besonderes Augenmerk gilt der zivilen Nutzung der

Kyritz-Ruppiner Heide. Die Koalition fordert von der Bundesregierung einen verbindlichen Verzicht auf jegliche weitere militärische Planungen bzw. Nutzungskonzepte und wird sich für ein Rüstungsaltpostenfinanzierungsgesetz einsetzen, um die Kostenverteilung für die Munitionsberäumung zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu zu regeln. Vor Ort wird es ein Gesprächsforum geben, das die vielfältigen lokalen Beteiligten ebenso einbindet wie die Bundeswehr bzw. den Bund als Eigentümer des Geländes. Vorrangig wird es darum gehen, das konkrete Altlasten- und Gefährdungspotenzial des Militärareals verbindlich aufzuzeichnen. Der Bund ist aufgefordert, in Abhängigkeit von der künftigen Nutzung eine Räumung durchzuführen.

6.¹

Die Politik der SPD-Links-Regierung wird deutlich europäischer und internationaler ausgerichtet sein. Im Unterschied zu 2004 war gibt es diesmal verbindliche Festlegungen, insbesondere zur künftigen **Europapolitik**.

Beide Parteien haben die Bedeutung des Sozialen bei der Entwicklung der europäischen Integration unterstrichen und werden sich entsprechend in die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene einbringen. „Brandenburg setzt sich für ein wettbewerbsfähiges und soziales Europa ein. Die Koalitionspartner werden sich in Abstimmung mit den Gewerkschaften für ein neues Verhältnis von sozialen Grundrechten und wirtschaftlichen Grundfreiheiten in den Europäischen Verträgen einsetzen. Die Landesregierung wird ihren Beitrag zur Vorbereitung des Landes auf die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für alle EU-Ausländer ab 1. Mai 2011 leisten.“

Unser Schlüsselvorhaben „Der Oderpartnerschaft Beständigkeit und Struktur geben“ fand in seinen Grundzügen Eingang in die Koalitionsvereinbarung. Die Zusammenarbeit mit den Nachbarwoiwodschaften und -Ländern an Oder und Neiße soll im Bereich der Arbeitsmarkt-, der Bildungs- und der Verkehrspolitik sowie im Tourismus vertieft werden. Die Euroregionen sollen sich zu Trägern der grenzüberschreitenden regionalen Entwicklung profilieren.

Hinter dem kurzem Satz „Die Koalition strebt den Ausbau der Mehrsprachigkeit an, wie es vom Europarat und von der Europäischen Kommission angeregt wurde.“ verbirgt eine von uns ausdrücklich gewollte umfangreiche Aufgabenstellung: Brandenburg soll nicht nur dem Erlernen von Fremdsprachen, darunter der polnischen Sprache, breiteren Raum bieten, sondern auch in Bezug auf die in Brandenburg gesprochenen Minderheitensprachen (Niedersorbisch, Romanes) sowie für die Regionalsprache Niederdeutsch neue Akzente setzen. Dies wird im weiteren nicht nur durch das Bekenntnis zur Fortsetzung der Förderung der Stiftung für das sorbische Volk, sondern auch dadurch unterstrichen, dass die Koalition ausdrücklich „die Kulturen und Sprachen der ethnischen Minderheiten wie die Regionalsprachen als Bereicherung im Zusammenleben von Menschen in unserem Land und weltweit betrachtet“.

Die Aussagen werden komplettiert durch die Vereinbarung, dass die Entwicklungspolitischen Leitlinien der Landesregierung aus dem Jahre 1999 entsprechend den heutigen Bedingungen aktualisiert werden. Das dies in enger Zusammenarbeit mit den entwicklungspolitischen Akteuren im Land geschieht, ist selbstverständlich.

Bei der **Zusammenarbeit mit Berlin** sollen die Erfahrungen aus knapp zwanzig Jahren Kooperation - in Partnerschaft und Konkurrenz - umfassend berücksichtigt und die regionale Vielfalt deutlich gemacht werden. Die gewachsenen Kooperationen beider Länder sollten vertieft werden, wo immer dies zu Erleichterungen für die Bürgerinnen und Bürger führt. „Ziel ist es insbesondere, die Attraktivität der Region sowohl für Bürgerinnen und Bürger wie auch für Ansiedlungen zu steigern.“ Vieles wird möglich sein, wenn zwei SPD-Links-Regierungen sind in einem gemeinsamen Diskussionsprozess über die Schwerpunkte der

¹ Renate Harcke

Entwicklung der Region verständigen. Mit der Koalitionsvereinbarung ist ein Auftakt formuliert, den es inhaltlich nunmehr auszufüllen gilt, auch und gerade mit den Zielstellungen, die DIE LINKE in beiden Ländern in ihren Wahlprogrammen formuliert hat.

7.

Sozial – libertär – ökologisch – europäisch: So könnte das Motto der nächsten fünf Jahre lauten.

Einige Dinge freilich bereiten uns **Sorgen** – und diese Sorgen werden uns über die fünf Jahre weiter verfolgen:

- Haushaltslage. Wir sind mit dem länger bekannten Rückgang der Solidarpakt- und der EU-Mittel bis 2019 konfrontiert. Dazu kommen Einnahmeverluste und zugleich höhere Kosten wegen der Krise. Und: die Politik der neuen Bundesregierung wird die Spielräume zusätzlich einschränken. Was die Schuldenbremse anbelangt, so setzen wir auf den Erfolg von Klagen.
- In einigen Bereichen haben wir unsere Erwartungen (auch gegenüber der Öffentlichkeit) zu hoch angesetzt und die tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten auf landespolitischer Ebene wie im jetzt zu verhandelnden Zeitraum bislang nicht hinreichend kommuniziert:
 - o Tagebaue, Abaggerung der Dörfer, CCS
 - o Personalbedarfsplanung

Zu Personal und Tagebau im einzelnen:

Es ist uns gelungen, die **Personalbedarfsplanung** aus dem Kontext der Haushaltskonsolidierung heraus zu halten und für den Öffentlichen Dienst einen eigenständigen Zugang zu finden. Dabei wurde deutlich, dass die von der Vorgänger-Regierung stets benannten Eckzahlen insofern unrealistisch waren, als die mit deren Personal- und Haushaltspolitik nicht zu halten gewesen wären. Rot-schwarze Personalpolitik hätte den Öffentlichen Dienst des Landes bis 2019 auf deutlich unter 40.000 Stellen fallen lassen und auch für 2014 wären die angegebenen Zahlen nicht zu halten gewesen.

Das ist nun anders; wir haben diesen Trend umkehren können. Es wird keine betriebsbedingten Kündigungen im öffentlichen Dienst geben – und es wird sogar Personalaufstockungen geben. Dabei haben wir uns auf die politischen Schwerpunkte unseres Wahlprogramms konzentriert. Im Ergebnis konnten wir spürbare Verbesserungen der Personalausstattung in den Kitas und Schulen des Landes erreichen. Darauf sind wir stolz.

Zum Schicksal der von Abaggerung bedrohten **Dörfer**:

Wer jetzt auf die Entscheidungen in Sachen Tagebaue und Schicksal der Dörfer Einfluss nehmen will, der muss nach Cottbus zu Vattenfall fahren. Der Konzern hat die neuen Tagebaue beantragt, jetzt läuft in der Verwaltung ein Planfeststellungsverfahren. Politisch wird über die Ergebnisse erst in der nächsten Legislaturperiode entschieden. Jetzt aber findet bereits eine Variantenprüfung statt – Vattenfall wird dann am Ende in einer Gesamtabwägung auch unter Bewertung öffentlichen Drucks für die eine oder andere Variante, pro oder contra alle oder einzelne Dörfer entscheiden.

Zum politischen Entscheidungsprozess:

1. Sie fallen, wie schon gesagt, erst in der nächsten Legislaturperiode. Dabei gibt es bundes- und landesrechtliche Vorgaben.
2. Bundespolitisch steht der Tagebauaufschluss lt. Bundesberggesetz in öffentlichem Interesse – abgelehnt werden kann er nur, wenn andere öffentliche Interessen dagegen stehen. Insofern ist das gescheiterte Volksbegehren ein Problem – und die nächsten fünf,

sechs Jahre sind eine Chance zur Neuartikulation von öffentlichem Interesse. *Dafür* muss man mobilisieren – nicht *gegen* Rot-Rot.

3. Mehr noch: Rot-Rot in Brandenburg will eine Änderung des Bundesbergrechts erwirken! Rot-Rot braucht also Unterstützung – nicht Gegenwind.
4. Dies um so mehr, als Rot-Rot im Land die Voraussetzungen für die Zurückdrängung der Braunkohleverstromung schafft: durch Vorrang für Erneuerbare Energien, wie es auch unser Wahlprogramm vorsieht. Landesrechtlich werden bei der Entscheidung über die Dörfer die energiepolitischen Notwendigkeiten abgewogen – und deswegen brauchen wir möglichst starke Erneuerbare Energien, wenn über weitere Tagebaue entschieden wird. Und die bekommen wir vor allem durch Rot-Rot.
5. Letztlich noch eine wichtige Anmerkung: Brandenburg wird am Atomausstieg fest halten. Das wäre mit Rot-Schwarz nicht so. Mit „billigem“ Atomstrom aber hätten es die Erneuerbaren Energien, mit denen wir die Braunkohle zurück drängen wollen, wirtschaftlich viel, viel schwieriger.

Rot-Rot hat also eine Strategie für die Energiewende als Prozess – eine Strategie, die die bedrohten Dörfer nicht von einem Tag auf den anderen retten kann, die aber ihre Chancen verbessert und für günstigere Bedingungen zum Zeitpunkt der tatsächlichen Entscheidung sorgt.

Dafür allerdings brauchen wir alle gemeinsam viel Kraft und gegenseitige Unterstützung in den nächsten Jahren.